

zu TOP

Mainz, 24.01.2025

Anfrage 0149/2025 zur Sitzung am 05.02.2025

Digitalisierte Stadtverwaltung – Einsatz von Künstlicher Intelligenz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Die Digitalisierung der Verwaltung ist seit Jahren ein viel diskutiertes Thema und war auch im OB Wahlkampf ein Punkt in vielen Wahlprogrammen der Kandidat:innen.

Seit einigen Jahren setzen sich KI Systeme auf Basis sogenannter Large Language Models in der breiten Öffentlichkeit durch. Solche KI Systeme sind bereits heute in der Lage komplexe Aufgabenstellungen zu beantworten oder Texte auf Basis weniger Stichworte zu verfassen.

Nicht zuletzt äußerte sich der Oberbürgermeister im Jahr 2023 in der Presse gegenüber dem Einsatz von KI in der Verwaltung sehr aufgeschlossen, so könne KI die Mitarbeitenden entlasten.

KI Systeme bieten viele Vorteile für die Verwaltung wie auch die Bürger:innen:

- Effizienzsteigerungen durch Automatisierung von Standardaufgaben
- Bürger:innenfreundlichkeit durch verbesserte Kommunikation, automatisierte Mehrsprachigkeit und Reduktion von Barrieren
- Analyse großer Datenmengen zum Beispiel bei Bürger:innenbeteiligungen oder zur Simulation verschiedener Szenarien,
- Kosteneinsparungen durch Reduktion von Verwaltungsabläufen und effizienteren Prozessen.

Vor diesem Hintergrund fragen wir an:

- Setzt die Stadt Mainz innerhalb der Verwaltung bereits KI Systeme ein? Wenn ja, welche Systeme werden genutzt und in welchen Bereichen kommen sie zum Einsatz? Falls nein, welche Gründe sprechen aktuell gegen den Einsatz solcher Technologien?

- Können von Verwaltungsmitarbeitenden öffentlich zugängliche KI Systeme genutzt werden um zum Beispiel Antworten auf Anfragen einfacher und effizienter beantworten zu können? Falls nein, welche Gründe stehen einer Nutzung entgegen?
- Existiert eine Dienstanweisung zum Einsatz von KI innerhalb der Verwaltung und falls ja, was beinhaltet diese?
- Welche Strategie verfolgt die Stadt Mainz hinsichtlich der Nutzung von KI-Systemen? Hat die Stadt geprüft, ob selbst gehostete, ggf. quelloffene LLMs in Betracht kommen? Falls ja, was war das Ergebnis dieser Überlegungen? Falls dies bislang nicht geschehen ist, was sind die Gründe dafür?

David Nierhoff
(Mitglied des Stadtrats)